

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher:
Schneeberg 51.
Nr. 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 15.

Freitag, den 19. Januar 1900.

Interessenten sind bis am nächsten erziehende Nummer des Beiblattes 11 Uhr. Eine Klage für die nächste Nummer der Anzeigen des, an den vorerwähnten Tagen sowie an bestimmten Stellen wird nicht gegeben. Kostmäßige Aufträge zur gegenwärtigen Ausgabe. Für Rückgabe einzelner Nummern wird 10 Pf. die Redaktion nicht verantwortlich.

53.
Jahrgang

Freiwillige Versteigerung.

Das auf Blatt 17 des Grundbuches für Breitenbrunn auf den Namen des Wirtschaftsbesizers Friedrich Robert Lang eingetragene

Gut,

bestehend aus einem Wohngebäude mit Stall, Futterboden und Keller, sowie einem Scheunengebäude, Nr. 21 des Grundbuches Nr. 82 a des Flurbuches, und den Flurstücken Nr. 82 b, 82 c, 580, 583, 586, 597 und 780 des Flurbuches, gewürdet auf 8275 M ohne die Oblasten, soll mit dem Inventar und den noch vorhandenen Vorräten auf Antrag des Vormundes des eingetragenen Eigentümers

am 15. Februar 1900

11 Uhr Vormittag

gerichtlich versteigert werden. Die Versteigerung soll in dem bezeichneten Gute Nr. 21 in Breitenbrunn stattfinden.

Die Versteigerungsbedingungen sind bei dem unterzeichneten Amtsgerichte sowie bei Herrn Ortsrichter Gemeindevorstand Weidauer in Breitenbrunn einzusehen. Johanngeorgenstadt, am 16. Januar 1900.

Königliches Amtsgericht.
Dr. Kloß.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters und Schuhwaarenhändlers Paul Rost in Aue wird nach Abhaltung des Schlußtermines hierdurch aufgehoben.

Schneeberg, den 16. Januar 1900.

Königliches Amtsgericht.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber.
Alt. Benzel.

Freitag, den 19. d. M. Nachm. 3 Uhr, gelangen in Aue 2 einspännige Kutschwagen meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich zur Versteigerung. Bieter sammeln sich daselbst in Leonhards Gasthaus. Schneeberg, am 17. Januar 1900.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts.
Arresthausinspektor Kühn.

Die Flottenvorlage.

Die Flottenvorlage wird in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen; sicherem Vernehmen nach beschränkt sie sich darauf, ohne nähere Feststellung der Frist der Durchführung, gefällig den Bestand der Schlachtflotte auf zwei Doppelgeschwader zu normieren. Ueber die Notwendigkeit dieser Verstärkung der deutschen Wehrkraft zur See ist wohl ein Zweifel nicht mehr möglich, namentlich nach den Vorfällen der jüngsten Zeit. Es ist darum zu hoffen, daß der Reichstag, unbekümmert um jenen radikalen sozialdemokratisch-volksparteilichen Jüngel der Volksvertretung, dem das Verständnis für die Notwendigkeiten der äußeren Politik nun einmal versagt ist, dem deutschen Volke — nicht der Regierung, wie man dort immer so gern betont — das bewilligt wird, was nicht etwa wünschenswert oder zweckmäßig, sondern einfach eine Existenzfrage, die Entscheidung über eine hoffnungsreiche oder eine kümmerliche und verachtete Zukunft ist. Wenn die Armlosigkeit der Argumente, mit denen fanatisch gegen die Vorlage gekämpft wird, einen Schluß auf deren Aussichten zuließe, so wäre man zu den besten Hoffnungen berechtigt; so weit die Gegner nicht, was für ihre Kampfsart charakteristisch ist, die ganze Frage mit persönlichen Elementen und Streitigkeiten zu verquicken und dadurch in ihrer Bedeutung zu verdunkeln suchen, haben sie bis jetzt auf dem Gebiet des Sachlichen wenig Vorberer geerntet. Hat doch jüngst ein Redner sogar in vollem Ernst auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen, die einer Flotte nicht bedürfte! Wie die Schweiz handeln würde, wenn sie das Glück hätte, eine Meeresflotte zu besitzen, läßt sich wohl am besten nach der Tatsache beurteilen, daß es kein zivilisiertes Land giebt, das, vom Meere bespült, ohne Kriegsflotte wäre. — Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß die für die Vermehrung der Flotte sprechenden Gründe im Volke mehr und mehr Boden gewonnen haben — vielleicht erklärt sich gerade aus dieser Wahrnehmung die immer verbissener werdende Polemik in den flottenfeindlichen Blättern. Ob aber der Reichstag dieser Richtung folgen, oder Bülow's frohe Hoffnung erfüllen wird, läßt sich zur Stunde auch nur mit annähernder Gewißheit nicht beurteilen. Wo das große Fragezeichen zu suchen ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden; von allen Parteien, mit Ausnahme einer einzigen, des Centrums, steht fest, wie sie sich verhalten werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Nach einem heute in Berlin an amtlicher Stelle eingetroffenen Telegramm aus London hat die englische Regierung erklärt, daß die Freigabe des Reichspostdampfers „Bundesrath“ nach nunmehr beendeter Untersuchung unmittelbar bevor-

stehe. Nach gleichzeitigen Zusagen der großbritannischen Regierung ist eine befriedigende Beilegung der schwebenden Differenzen als gesichert zu betrachten und eine Gewähr dafür geboten, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen sollen. Die Untersuchung des „Bundesrath“ hat ungefähr drei Wochen gedauert. Sie hat — zur Befriedigung der britischen Behörden — zu dem Ergebnis geführt, daß der Inhalt des Schiffes mit dem von uns veröffentlichten offiziellen Ladungslisten genau übereinstimmt. Die englische Regierung wird nunmehr für den der Ostafrika-Linie verursachten beträchtlichen Schaden vollen Ersatz zu leisten haben.

Der Präsident der belgischen Kammer Beernaert hat sich über die Gründe, die seine Reise nach Berlin veranlaßt haben, einem Mitarbeiter des „V.A.“ gegenüber wie folgt geäußert: „Es ist falsch, meinen hiesigen Aufenthalt mit dem Kriege in Südafrika in Verbindung zu bringen, wie es in Brüssel geschieht. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß man in Belgien voller Sympathien für die Buren ist. Den Vätern sind sie ja stammverwandt, und ich selbst bin ein Bläme. Aber aus seiner Reserve herauszutreten, hat Belgien sich nicht veranlaßt gesehen, und so habe ich in dieser Beziehung hier auch keine Mission zu erfüllen. Richtig dagegen ist, daß ich in besonderem Auftrage nach Berlin gegangen bin. Meine Mission betrifft die Regulierung einer Reihe streitiger Punkte zwischen den deutschen Besitzungen in Ostafrika und dem Kongostaat. Es handelt sich um Differenzen nicht schwerwiegender Natur, die aber dennoch einmal zur Lösung drängen. Von einer persönlichen Aussprache erhofften wir eine schnellere und befriedigendere Erledigung der schwebenden Fragen, und wir dürfen uns auch in dieser Erwartung nicht täuschen. Ich habe hier das beste Gegenkommen gefunden und freue mich, Ihnen sagen zu können, daß sowohl Herr v. Richthofen, wie Graf Bülow sich in gleicher Weise bemüht zeigen, meine Aufgabe, eine Verständigung herbeizuführen, mir zu erleichtern. Ueber die Unterredung, die mir der Kaiser gewünscht hat, müssen Sie mir schon gestatten, Stillschweigen zu bewahren. So viel darf ich Ihnen aber wohl verrathen, daß nicht nur meine Sendung, sondern die gesammte Weltlage zur Sprache kam und alles gestreift wurde, was heute im Vordergrund des politischen Interesses steht.“

Die diesjährigen Kaisermandate sollen in Winterpommern abgehalten, und was sie besonders interessant machen wird, während derselben gemeinsam mit der Marine-Einschiffungs- und Landungs-Mandate vorgenommen werden. Von der Armee nehmen das Gardecorps, das II. Armee-corps und je eine Brigade vom III., sowie vom 17. Armee-corps theil. Die Einschiffung einzelner Abtheilungen soll auf Vlodddampfern stattfinden, welche für drei bis vier Tage gemietet werden müssen. An den hieraus

erwachsenen sehr bedeutenden Kosten scheiterten in früheren Jahren bereits wiederholt die gleichen Mandat-Projekte, die nunmehr aber zur Ausführung kommen dürften.

Dem Reichstage sind als Anlagen zu der neulich schon erwähnten Kiautschou-Denkchrift nachträglich eine Anzahl Karten und Darstellungen aus der Kolonie Kiautschou zugegangen. Die erste Karte enthält eine Skizze der im Bau begriffenen Eisenbahnlinie von dem deutschen Hafen Tsingtau nach der chinesischen Hauptstadt der Provinz Schantung, Tsinanfu, im Maßstabe von 1 : 500 000. Es folgen eine Karte des Gouvernements Kiautschou im Maßstabe 1 : 100 000 und ein Bebauungsplan der Stadt Tsingtau in einer Ausnahme von 1 : 6250, der auf das genaueste die zahlreichen Straßen und Plätze mit den uns wohlbekanntesten deutschen Namen anzeigt. Ferner enthält die Anlage zwei Gesamtaufnahmen von Tsingtau, die eine von oben, die andere von der Arcona-Insel aus gesehen, und außerdem Einzelaufnahmen der Signalstation und des Lazarethbaues.

Stuttgart, 17. Januar. Wie schon früher kurz erwähnt wurde, hat sich hier unter dem Vorsitz des Fürsten Karl von Urach ein Ausschuß zur Begründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Gunsten der deutschen Ansiedlungen in Palästina gebildet. Dieser Ausschuß will den Deutschen in Palästina zu erforderlichen weiteren Landwerbungen die Geldmittel durch Darlehen aus der Heimath verschaffen. Grundlag ist dabei, daß die Hilfe aus der Heimath allen deutschen Ansiedlern in gleicher Weise gewährt werden soll. Geschenke sollen nicht gesammelt werden, es sollen den Ansiedlern leiblich Darlehen gewährt werden gegen vierprocentige Verzinsung und einprocentige Abzahlung, sowie gegen geschäftsmäßige Sicherheit. Bis jetzt sind bei der Zeichnungskasse (der Allgemeinen Rentenbank in Stuttgart) rund 100 000 Mk. für das Unternehmen gezeichnet worden. König Wilhelm ist mit einem Anteilsscheine von 10 000 Mk. vorangegangen, und zahlreiche andere Zeichnungen, theils in dem gesetzlichen Mindestbetrage von 500 Mk., theils in höheren Beträgen, zeigen, daß dieses Unternehmen auch bei etwas niedrigem Zinsfuß (3 1/2 Procent sind in Aussicht genommen) durch seinen Zweck in den verschiedensten Kreisen im Lande und im Reiches Anklang findet. Die formelle Gründung der Gesellschaft ist bis zum Frühjahr verschoben worden. — Mit 1. April stellt die hiesige Privatstadtpost ihren Betrieb ein; die meisten der bisherigen Angestellten des Unternehmens finden Gelegenheit, in den Staatspostdienst einzutreten.

Oesterreich.

Wien, 17. Januar. (Oesterreichische Delegation.) In der heutigen letzten Sitzung der laufenden Session erfolgte nach Feststellung der Uebereinstimmung der Beschlüsse der oesterreichischen und ungarischen Delegation die dritte Lesung der gefaßten Beschlüsse. Graf Soluchowski sprach darauf